Kurz notiert

Erosion wissenschaftlicher Maßstäbe

Eine aktuelle, umfassende Untersuchung der US-Plattform ›The Lever‹ gemeinsam mit dem ›McGraw Center for Business Journalism‹ deckt ein erschütterndes Bild auf: Die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA hat in den vergangenen Jahren Hunderte Medikamente zugelassen, ohne dass deren Wirksamkeit ausreichend belegt war – darunter zahlreiche Krebsmittel mit massiven Nebenwirkungen.

Diese Enthüllung zeigt, wie ökonomische Macht, politische Interessen und medizinische Regulierung in einem System verstrickt sind, das Gesundheit zur Ware macht – und das auch in Europa zunehmend unter Druck steht.

Im Zentrum der Recherche steht das Medikament ›Elmiron‹, ein Mittel gegen Blasenschmerzen, das millionenfach verschrieben wurde. Erst Jahre nach der Zulassung wurde klar, dass es Erblindungen verursachen kann, während sich gleichzeitig herausstellte: ›Elmiron‹ wirkt gar nicht. Trotz dieser Erkenntnisse blieb das Medikament fast drei Jahrzehnte auf dem Markt. Die FDA handelte nicht. Dieses Beispiel steht symbolisch für eine Behörde, die ihre ursprüngliche Schutzfunktion zugunsten industrieller Interessen verloren hat.

Laut der Untersuchung wurden zwischen 2013 und 2022 rund 429 neue Medikamente von der FDA zugelassen. Davon erfüllten 73 % nicht die grundlegenden wissenschaftlichen Standards, basierten über die Hälfte auf bloß vorläufigen Daten, und fast ein Viertel der Krebsmedikamente wurden ganz ohne belastbare Nachweise für längeres Überleben oder bessere Lebensqualität genehmigt. Das zeigt eine systematische Erosion wissenschaftlicher Maßstäbe – beschleunigt durch politische Deregulierung und den Einfluss einer Branche, deren Gewinne direkt an die Geschwindigkeit der Zulassung gekoppelt sind.

www.gesundheit-aktiv.de/

Enthüllungen zur ›AG Impfpflicht‹

Das ›Robert Koch-Institut‹ (RKI) hat sich im Vorfeld der Bundestagsabstimmung im April 2022 für eine allgemeine Corona-Impfpflicht ausgesprochen. Das geht aus der E-Mail-Korrespondenz des RKI in der ›AG Impfpflicht‹ hervor, die das Institut der klagenden Journalistin Aya Velázquez zur Verfügung gestellt hat.

Das Eintreten für eine Impfpflicht erfolgte demnach trotz erklärter Zweifel aus dem eigenen Haus: Die Fachebene hatte angesichts der mangelhaften Wirksamkeit eine neutrale Haltung zur Corona-Impfung empfohlen. Was sich schon bei den RKI-Files gezeigt hat, bestätigt sich für die ›AG Impfpflicht‹: Auf politischen Druck hin vertrat die RKI-Leitungsebene andere Positionen als die Fachebene. Die Dokumente der AG enthalten entsprechende Hinweise.

In dieses Bild fügt sich das von der Öffentlichkeit weitgehend abgeschirmte Agieren der Arbeitsgruppe. Dort wurde auch über Möglichkeiten zur Durchsetzung einer Impfpflicht beraten: mittels Impfregister, Bußgeldern und Haftstrafen. Bei der ›AG Impfpflicht‹ handelte es sich um ein interministerielles Gremium unter Leitung des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) von Minister Karl Lauterbach (SPD). Sie sollte bei der Abfassung verschiedener Gruppenanträge von Abgeordneten des Bundestages für eine mögliche allgemeine Impfpflicht gegen SARS-CoV-2 helfen.

Innerhalb des BMG war laut Velázquez die Unterabteilung 61 »Gesundheitssicherheit« mit Heiko Rottmann-Großner zuständig. Dieser trat 2023 im Brandenburgischen Corona-Untersuchungsausschuss an der Seite von Lothar Wieler auf und versuchte, den RKI-Chef durch die Vernehmung zu lotsen. Bereits am 14. Februar 2019 hatte Rottmann-Großner an einem Pandemieplanspiel anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz teilgenommen.

https://individuelle-impfentscheidung.de

www.diedrei.org

Kontokündigung durch GLS

Die Berliner Journalistin, die unter dem Pseudonym Aya Velázquez veröffentlicht, wirft der GLS Bank vor, ihr aus politischen Gründen das Konto gekündigt zu haben. Die Kündigung sei »kommentarlos« erfolgt, nachdem sie zehn Tage vorher um die Anmeldung ihres Pseudonyms für ein bestehendes Konto gebeten habe. Wie Velázquez am 8. November 2025 auf der Plattform ›X‹ bekanntgab, habe sie damit einer »Fehlermeldung« bei Überweisungen durch Unterstützer vorbeugen wollen. Auf eine Anfrage des Magazins ›Multipolar‹ erklärte eine Sprecherin der GLS, man könne aufgrund des Bankgeheimnisses keine konkrete Auskunft geben: »Wir können Ihnen allerdings versichern, dass wir unsere Entscheidungen sehr verantwortungsvoll treffen.« Als »größte sozial-ökologische Bank Deutschlands« setze sich die GLS Bank für eine »bunte Gesellschaft, die Stärkung der Demokratie und ein friedliches Miteinander aller Menschen und Kulturen« ein.

https://multipolar-magazin.de

Wieder Bank des Jahres

Die GLS Bank ist zum 16. Mal in Folge die »Bank des Jahres«. Die Kunden bescheinigten der Bank das beste Gesamtergebnis. Außerdem gab es Bestnoten in den Kategorien Image und Sicherheit sowie eine hohe Wahrscheinlichkeit der Weiterempfehlung. Das ›Deutsche Institut für Servicequalität‹ (DISQ) hat im Auftrag des Nachrichtensenders ›ntv‹ insgesamt knapp 15.000 Kunden befragt und 25 Banken miteinander verglichen. Die Befragten beurteilten u.a. Transparenz, Beratungsqualität, Konditionen und Image ihrer Bank. »Ich freue mich über das Ergebnis und danke allen Kolleginnen und Kollegen für ihre tägliche Arbeit. Sie bildet die Basis dieser schönen Kundenresonanz«, sagte Vorstandssprecherin Aysel Osmanoglu. »Gleichzeitig zeigt die Befragung: Auch im Jahr 2025 gelten Nachhaltigkeit und Fairness als klare Wettbewerbsfaktoren.«

www.gls.de

Grüne gegen Homöopathie

Auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz am 28. November 2025 haben ›Bündnis 90/Die Grünen‹ beschlossen, dass Homöopathie von den gesetzlichen Krankenkassen nicht mehr erstattet werden soll – auch nicht als Zusatzleistung. »Die Solidargemeinschaft soll nicht für Therapien aufkommen, deren Wirksamkeit über den Placeboeffekt hinaus wissenschaftlich nicht belegt ist«, hieß es in dem entsprechenden Antrag. Die Entscheidung erfolgte gegen den Willen des Bundesvorstands, der insbesondere mit Rücksicht auf den bevorstehenden Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg an der Kompromissformel aus dem Jahr 2020 festhalten wollte, dass eine Erstattung aus Zusatzbeiträgen weiterhin möglich sein solle.

www.gruene.de/

EU-Ombudsmann greift ein

Die Europäische Bürgerbeauftragte Teresa Anjinho hat eine formelle Untersuchung darüber angekündigt, wie die Europäische Kommission mit einem Bericht verschiedener Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) zu den Gesundheitsrisiken drahtloser Strahlung umgegangen ist. Die Untersuchung folgt einer gemeinsamen Beschwerde mehrerer NGOs, die den Bericht des ›Wissenschaftlichen Ausschusses für Gesundheit, Umwelt und neu auftretende Risiken‹ (SCHEER) aus dem Jahr 2023 zu drahtloser Strahlung und Gesundheit kritisierten. Dieser kam zu dem Schluss, dass es »keine mäßigen oder starken Beweise für negative gesundheitliche Auswirkungen durch chronische oder akute HF-EMF-Exposition unterhalb der derzeitigen Sicherheitsgrenzwerte« gebe. Der SCHEER-Bericht sei »unzuverlässig und stark voreingenommen«, und die Ergebnisse stünden »in krassem Widerspruch zur Position der meisten unabhängigen Wissenschaftler zu diesem Thema«, die zunehmend Beweise für Schäden durch Expositionsniveaus sehen, die derzeit noch als sicher gelten.

www.diagnose-funk.org/

www.diedrei.org